

# Arbeit

Organ des Gaukomitees der KPdSU und des Gausowjets der Deputierten der Werktätigen vom Altaigau

№ 71 (75) | Sonnabend, 1. September 1956 | Preis 20 Kop

IM MINISTERRAT DER UdSSR

## Über Maßnahmen des Kampfes gegen den Verbrauch von Brot und anderen Nahrungsmitteln aus den Staatsfonds als Viehfutter

Der Ministerrat der UdSSR hat am 29. Juni 1956 in der Presse den Entwurf des Beschlusses „Über die Maßnahmen des Kampfes gegen den Verbrauch von Brot und anderen Nahrungsmitteln aus den Staatsfonds als Viehfutter“ zur Erörterung veröffentlicht.

Dieser Entwurf wurde von den Werktätigen gebilligt. Am 27. August 1956 hat der Ministerrat der UdSSR den genannten Entwurf des Beschlusses bestätigt. Der Beschluß tritt vom Tag seiner Bestätigung in Kraft.

Nachfolgend wird der Text des Beschlusses des Ministerrats der UdSSR veröffentlicht.

Der Ministerrat der UdSSR stellt fest, daß im Ergebnis der Verwirklichung der von Partei und Regierung ausgearbeiteten Maßnahmen zum weiteren steilen Aufstieg der Landwirtschaft in unserem Lande in den letzten Jahren die Produktion und Erfassung von Getreide, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Milch und anderen Landwirtschaftsprodukten gestiegen sind. Infolge dessen ist 1954 und 1955 in den Städten und Industriezentren der vom Staatshandel- und vom Konsumnetz betriebene Verkauf von Fleisch und Fleischprodukten, Milch, Butter, Pflanzenöl, Kartoffeln, Gemüse, Grützen, Zucker und anderen Lebensmitteln an die Bevölkerung bedeutend gestiegen.

Das Anwachsen des Verkaufs dieser Nahrungsmittel an die Bevölkerung hätte zu einer Herabsetzung des Brotverbrauchs und seines Verkaufs an die Bevölkerung führen müssen. Es kam aber anders vor. Im Vergleich zu 1952 ist der Verkauf von Brot und Brotprodukten an die Bevölkerung von Städten und Industriezentren bedeutend stärker angewachsen als die Einwohnerzahl dieser Städte und Industriezentren.

Aus einer durchgeführten Überprüfung sowie Angaben örtlicher Sowjetorgane geht hervor, daß in letzter Zeit in einer Reihe von Städten die Fütterung des Viehs mit Brot, Grütze, Kartoffeln und anderen durch den Staatshandel bezogenen Nahrungsmitteln große Ausmaße angenommen hat. Demzufolge wird das große Anwachsen des Brotverkaufs an die Bevölkerung weniger durch die Steigerung des Brotverbrauchs zu Nahrungszwecken bedingt, als durch den Verbrauch von Brot zur Fütterung des Viehs, das persönlichen Eigentum der Bevölkerung der Städte, Vorstädte, Arbeitersiedlungen ist, sowie der Personen, die auf dem Lande leben, aber nirgends arbeiten, sondern auf der Grundlage des billigen in Staats- und Konsumläden bezogenen Brotes Privatviehzucht betreiben.

Die Verfütterung von Brot, Grütze und anderen Lebensmitteln an das Vieh ruft Desorganisation in der Versorgung der Bevölkerung hervor und entspricht somit nicht den Interessen des Staates und Volkes. Diese antisoziale Erscheinung untergräbt die von Partei und Regierung durchgeführten Maßnahmen zwecks Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung von Städten und Industriezentren mit Nahrungsmitteln. Im Zusammenhang damit werden die Werktätigen bei den örtlichen und zentralen Sowjetorganen mit der Bitte vorstellig, dieser abnormen Erscheinung ein Ende zu bereiten.

Das von dem Obersten Sowjet der UdSSR im August 1953 erlassene Gesetz über die Landwirtschaftsteuer sowie eine Reihe von Regierungsbeschlüssen beseitigten Schranken in der Entwicklung der im persönlichen Besitz der Bürger befindlichen Viehzucht. In den verflochtenen zwei Jahren ist allein der den Arbeitern und Angestellten gehörende Viehbestand wie folgt gestiegen: von Rindern — um 1,1 Millionen Stück (darunter von Kühen — um 300 000), von Schweinen — um 600 000, von Schafen — um 1,3 Millionen Stück.

Das Anwachsen des Bestandes von im persönlichen Besitz der Arbeiter und Angestellten befindlichem Vieh ist an und für sich etwas Positives, hat jedoch zu Erscheinungen geführt, die für unsere Gesellschaft unerwünscht sind. Das Anwachsen des Viehbestandes im persönlichen Besitz der Bürger hat einen gesteigerten Verbrauch von Nahrungsmitteln, besonders von Brot und Grütze zur Viehfütterung hervorgerufen. Dabei macht sich ein gewisser Teil der Einwohnerschaft von Städten, Arbeitersiedlungen und ländlichen Ortschaften bei Städten aus

Spekulationszwecken die Tatsache zunutze, daß die Viehzuchtprodukte auf dem Markt immer noch hoch im Preis stehen. Spekulantenelemente kaufen in städtischen Staatsläden zu niedrigem Staatspreis Brot, Grütze und andere Lebensmittel fürs Vieh, verkaufen aber die Viehzuchtprodukte auf dem Markt zu hohen Preisen. Diese Spekulantenelemente haben die produktive Arbeit in der Industrie, in den Kolchos- und Sowchoses aufgegeben oder zählen dort nur formell, zum Schein, während in Wirklichkeit die individuelle Viehzucht ihren Haupterwerb darstellt.

Leider bezieht es sich nicht nur auf Spekulantenelemente, sondern auch auf manche Arbeiter und Angestellte, die Vieh in persönlichem Besitz haben, daß sie zur Fütterung des Viehs Brot, Grütze und andere in Staats- und Konsumläden gekaufte Lebensmittel ausnutzen, statt sich um die Futterbeschaffung vermittels des Heumähens auf brachliegendem Land des Staatsbodenfonds, des Staatsforstfonds und an anderen dazu bestimmten Stellen sowie vermittels der Teilnahme an der Abertung der Kolchosfelder und ihren eigenen Gemüseärten zu bekümmern.

Außerdem zählen Stadtbewohner, die Vieh als Privateigentum besitzen, laut gültigem Gesetz in der Regel keine Geldsteuern und werden nicht zur obligatorischen Ablieferung von Viehzuchtprodukten herangezogen, was für sie anspornende Bedingungen zur Entwicklung der Viehzucht im Vergleich zu den Kollektivisten schafft, denen Naturalienablieferungen und Landwirtschaftsteuer auferlegt werden.

Auch einige Kollektivisten, die in Vorstadtorten wohnen, nutzen zur Fütterung des Viehs Brot und andere Lebensmittel aus, die sie in Staats- und Konsumläden kaufen.

Solch eine Lage führt zum unrationellen Verbrauch von Brot und anderen Lebensmitteln, stört die normale Versorgung der Werktätigen.

Man könnte den Kampf gegen die Brotverfütterung dem Vieh mittels solch einer Steigerung der Brot- und Grützepreise führen, die das Füttern des Viehs mit diesen Lebensmitteln unvorteilhaft machen würde, aber unser Staat kann das nicht, weil die Steigerung der Brotpreise die Interessen von Millionen Menschen beeinträchtigt.

Die Brotverfütterung dem Vieh in Städten und Vorstädten könnte vermieden werden durch bedeutende Vergrößerung des Verkaufs von Milch, Fleisch und Molkereiprodukten an die Bevölkerung durch das staatliche Handelsnetz, und zwar zu geringeren Preisen als individuelle Viehbesitzer verkaufen, damit die Konsumenten diese Lebensmittel im Laden und nicht auf dem Markt erwerben. Dann wäre es für die individuellen Viehbesitzer unvorteilhaft, das Vieh mit Brot zu füttern, das sie in Staatsläden kaufen. In letzter Zeit ist die Erfassung und der Verkauf von Milch und teilweise von Fleisch bedeutend gestiegen, was es ermöglichte, mehr Milch- und Fleischprodukte in den Städten durch die Staatsläden zu verkaufen, jedoch die angewachsenen Bedürfnisse der Stadtbevölkerung an Milch und besonders an Fleisch werden selbst in großen Industriezentren nicht voll und ganz befriedigt, da der Staat vorläufig noch nicht über eine ausreichende Menge dieser Produkte verfügt. Deshalb sind die Marktpreise für Viehzuchtprodukte, besonders für Fleisch höher als die Staatspreise, und die individuellen Viehbesitzer nutzen diese Lage aus, um sich persönlich zu bereichern.

Der Ministerrat der UdSSR hält es für notwendig, die Gesetzgebung zu überprüfen, die die Entwicklung der Viehzucht

Der Kombiführer der Orleanskaja-MTS, Rayon Blagowestschenka, Joseph Peter hat schon an die 700 ha Getreide gemäht, davon 161 ha in den letzten 5 Tagen. Seine Tagesleistung beträgt 52 ha. Solchen Erfolg erzielte bei direkter Kombination noch kein Mechanisator des Rayons. Auch das schlechte Wetter hinderte den erfahrenen Kombiführer bei der Arbeit nicht.

Keine Zeit verlierend, arbeitet auch der Maschinist der Lafette-Mähmaschine der Blagowestschenskaja-MTS Jakob Dick. In den letzten 5 Tagen leistete er durchschnittlich je 51 ha. Schon mehr als 900 Hektar mähte Dick in dieser Saison.

Auch die Maschinisten Michail Poljanzew und Johannes Moor überbieten stets ihre Tagesnorm.

im Privateigentum der Stadtbevölkerung begünstigt. Die primitive Betreibung der Viehzucht seitens der Stadtbevölkerung bei großem Verbrauch von Brot und anderen Edwären lenkt die Arbeitskraft von der produktiven Arbeit in der Gesellschaft ab, führt zu großem Arbeitsaufwand pro Einheit der erhaltenen Produktion an Fleisch, Milch, Eiern, demoralisiert den nicht standhaften Teil der Bevölkerung und erzeugt Elemente der Desorganisation unserer sozialistischen Produktion. Man muß im Auge behalten: jetzt, wo es an Viehzuchtprodukten im Staatshandel und auf dem Markt mangelnd, gewinnen einige individuelle Viehbesitzer große Einkünfte: aber durch die Steigerung der Erzeugung dieser Produkte in den Kolchos- und Sowchoses und durch die Erweiterung des Staatshandels zu billigeren Preisen hören diese Bedingungen für die individuellen Viehbesitzer auf zu existieren, da die Pflege einer Kuh, eines Schweins oder Schafs unvorteilhaft ist. Unsere Gesetzgebung ist auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Viehzucht gerichtet. In den Beschlüssen des Januarplenums des ZK der KPdSU (1955) wird auf die Hauptwege der Viehzucht hingewiesen — Aufstieg der Getreidewirtschaft und Vergrößerung der Furageproduktion, Entwicklung der Kolchos- und Sowchos-

viehzucht, Mechanisierung der Arbeitsprozesse in der Viehzucht und Verringerung der Unkosten zur Erzeugung der Feldbau- und Viehzuchtproduktion um eine volle Befriedigung der Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung an Viehzuchtprodukten durch Steigerung ihrer Erzeugung in den Kolchos- und Sowchoses zu sichern. Dieser Weg entspricht den Interessen des Volks und wird von unserem Staat begünstigt.

Davon ausgehend hält es der Ministerrat der UdSSR für notwendig, Maßnahmen zu treffen um die Ausnutzung von Brot und anderen Nahrungsmitteln aus den Staatsvorräten als Viehfutter einzustellen und die Entwicklung der Viehzucht im privaten Besitz der Stadtbevölkerung einzuschränken durch Einführung eines Geldsteuers und obligatorischer Ablieferung von Milch und Fleisch an den Staat seitens der Viehbesitzer. Das wird natürlich eine gewisse Verringerung der Menge von Viehzuchtprodukten, die von dieser Kategorie von Wirtschaften auf den Markt gelangen, zur Folge haben, doch wird diese Verringerung in der nächsten Zeit durch Steigerung der Erzeugung von Viehzuchtprodukten in den Kolchos- und Sowchoses gedeckt.

(Fortsetzung siehe S. 2)

ERLASS DES PRÄSIDIUMS DES OBERSTEN SOWJETS DER UdSSR

### Über die Geldsteuer für Stadtbewohner, die Vieh besitzen

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR beschließt:

1. Eine Geldsteuer für die Besitzer von Vieh (Kollektivisten nicht miteinbezogen) einzuführen, die in den Städten, Hauptstädten der Unionsrepubliken, der Gebiets- und Gauzentren sowie in den Zentren der Autonomen Republiken leben (mit Ausnahme der Zentren der Gebiete und Autonomen Republiken des Hohen Nordens). Den Ministerräten der Unionsrepubliken wird das Recht eingeräumt, auf Grund des vorliegenden Erlasses die Geldsteuer für die Bürger außer Kollektivisten einzuführen, die Viehbesitzer sind und in Großstädten leben, die nicht Republik-, Gau- und Gebietszentren sind.
2. Die Steuer wird pro Viehstück für Jahresdauer (vom 1. Oktober bis zum 30. September) in folgenden Ausmaßen erhoben: für eine Kuh — 500 Rubel, für ein über zwei Monate altes Schwein — 150 Rubel, für ein Schaf oder eine Ziege im Alter von über einem Jahr — 40 Rubel, für ein Arbeitspferd — 1 500 Rubel, für sonstiges Arbeitsvieh — 750 Rubel. Für jedes zusätzliche Stück Vieh, das in der Wirtschaft außer einer Kuh, einem Schwein oder zwei Schafen (Ziegen) vorhanden ist, wird die Geldsteuer verdoppelt. Sind in den Familien von Bürgern, die Viehbesitzer sind, Arbeitsfähige vorhanden (die Hausfrau und Studierende nicht miteinbezogen), die weder in Staatsbetrieben und -anstalten, noch in gesellschaftlichen oder Genossenschaftsorganisationen arbeiten, so wird die Steuer um 50 Prozent über das festgelegte Ausmaß erhöht.
3. Den Ministerräten der Unionsrepubliken wird das Recht eingeräumt, die Einwohner einzelner kleinerer Städte von der Steuer zu befreien wenn diese Städte auch die Hauptstädte von Gebieten, Gauen oder Autonomen Republiken sind. Den Exekutivkomitees der Stadt- und Rayonsowjets der Deputierten der Werktätigen wird das Recht eingeräumt, auf Ersuchen Gesellschaftsorganisationen, Betriebe und Anstalten als Ausnahmefälle einzelne Bürger, die in Städten wohnen und Vieh im persönlichen Besitz haben, von der Steuer zu befreien.
4. Die Registrierung des Viehs und die Steuerberechnung werden von den Stadt- bzw. Rayonfinanzabteilungen entsprechend dem Viehbestand am 1. Oktober durchgeführt.
5. Die Steuer wird in gleichen Teilen zum 15. November und zum 15. März eingetragten.
6. Viehbesitzer, die produktives Milchvieh an Kolchosa, Sowchosa, Hilfswirtschaften, Kontore für Erfassung und Vertrieb von Rassen- und Nutztieren des Ministeriums für Landwirtschaft der UdSSR, und die, die ihr Fleischrindvieh, Schweine, Schafe und Ziegen im Staatsaufkau verkauft haben, werden für die noch nicht abgelaufenen Zahltermine von der Steuer befreit. Ist das Vieh einzelnen Bürgern verkauft oder geschlachtet worden, so wird die Steuer in vollem Maße erhoben. Falls das Vieh nach dem 1. Oktober angeschafft wurde, wird die Steuer nach vollen Jahresausmaßen erhoben. Bei Veränderung des Bestands arbeitender arbeitsfähiger Familienmitglieder nach dem 1. Oktober wird die Steuer für die noch nicht abgelaufenen Zahltermine umberechnet.
6. In Fällen der Nichtzahlung der Steuer zu den festgelegten Terminen sind gegen die Säumigen folgende Maßnahmen zur Steuereinzahlung zu ergreifen:
  - a) für die Versäumung des Zahltermins wird für jeden versäumten Tag eine Geldstrafe in der Höhe von 0,2 Prozent der Steuer erhoben;
  - b) nach Ablauf des Zahltermins werden nach gemeingültigen Regeln Zwangsmaßnahmen zur Einziehung der Steuer angewandt.
7. Beschwerden über ungerechte Besteuerung sind binnen Monatsfrist nach Einhängung des Steuerbriefs an den Leiter der Stadt- bzw. Rayonfinanzabteilung zu richten. Die Entscheidung des Leiters der Stadt- bzw. Rayonfinanzabteilung ist unwiderruflich.
8. Durch die Einreichung von Gesuchen und Beschwerden wird Steuerzahlung und -einziehung nicht gestundet.
8. Die Instruktion über die Anwendung des vorliegenden Erlasses wird vom Finanzministerium der UdSSR veröffentlicht.

Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR  
K. WOROŠCHILOW,  
Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR  
A. GORKIN.

Moskau, Krem!, 27. August 1956.

## Über Maßnahmen des Kampfes gegen den Verbrauch von Brot und anderen Nahrungsmitteln aus den Staatsfonds als Viehfutter

(Von S. 1 fortgesetzt)

Der Ministerrat der UdSSR beschließt:

1. Allerorts, in Stadt und Land, allein und jedem die Verfüterung an das Vieh und Geflügel von Brot und anderen in Staats- und Konsumläden aufgekauften Lebensmitteln zu verbieten.

Die örtlichen Sowjetorgane werden verpflichtet, die Bevölkerung weitgehend darüber aufzuklären, daß die Ausnutzung von Brot und anderen in Staats- und Konsumläden gekauften Lebensmitteln für die Vieh- und Geflügelfütterung die Versorgung der Werktätigen desorganisiert, eine Abart der Spekulantentätigkeit einzelner Personen darstellt, die nicht an der gemeinnützlichen Arbeit teilnehmen wollen, und eine antisoziale Erscheinung ist.

2. Festzulegen, daß für die Verfüterung von Brot, Mehl, Grütze, Kartoffeln und anderen in Staats- und Konsumläden gekauften Lebensmitteln die Schuldigen einer Strafe unterzogen werden, die auf Gesuch der örtlichen Handelsorgane von den Exekutivkomitees der Rayon-, Stadt- und Siedlungssowjets der Deputierten der Werktätigen verhängt wird, das erstmalig in einer Höhe von fünfhundert Rubel und in Wiederholungsfällen — zu tausend Rubel. Die Einziehung des Strafgebühres erfolgt durch die Milizorgane und ist unwiderruflich.

3. Darauf hinzuweisen, daß infolge unzulänglicher Kontrolle seitens der örtlichen Sowjet- und Handelsorgane gegen Normen des Verkaufs von Brot und anderen Lebensmitteln an den einzelnen Kunden verstößt wird, was den Verbrauch von Brot und anderen in Staats- und Konsumläden gekauften Lebensmitteln zur Viehfütterung begünstigt.

Die Ministerräte der Republiken, die Exekutivkomitees der Gebiets-, Gau-, Stadt- und Rayonssowjets der Deputierten der Werktätigen, das Handelsministerium der UdSSR, der Zentralrat der Konsumgenossenschaften (Zentrososjus) und die Hauptverwaltungen der Arbeiterversorgung (Glawros) aller Ministerien und Ämter werden beauftragt, eine Kontrolle des Verkaufs von Brot und anderen Lebensmitteln einzuführen, die Einhaltung der Normen des Verkaufs an den einzelnen Kunden, und die Verletzer der bestehenden Handelsregeln zur Verantwortung zu ziehen. Es sind Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Handelskommissionen der örtlichen Sowjets der Deputierten der Werktätigen, der Ladenkommissionen der Konsumgenossenschaft und der Staatlichen Handelsinspektion zur Überwachung des Brot- und Brotmittelhandels zu treffen.

Der Unionszentralrat der Gewerkschaften (WZSPS) wird ersucht, die ZK der Gewerkschaften, die Betriebskomitees der Gewerkschaften zu beauftragen, die breite Arbeiterkontrolle des Brot- und Lebensmittelhandels und der Verkaufsformen pro Kunden zu verbessern.

4. Für notwendig anzuerkennen, eine Ge'dsteuer und obligatorische Milch- und Fleischablieferungen für die Bürger, die Besitzer von Vieh sind (Kollektivisten nicht miteinbezogen), einzuführen, die in den Städten — Hauptstädten der Unionsrepubliken, in Gebiets- und Gauzentren und den Zentren der Autonomen Republiken wohnen (mit Ausnahme der Zentren von Gebieten oder Autonomen Republiken des Hohen Nordens).

Ins Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR einen Erlaßentwurf über die Einführung der Ge'dsteuer und die Regeln ihrer Einziehung einzureichen.

Es werden folgende Jahresnormen der obligatorischen Ablieferungen festgelegt: für eine Kuh — 400 Liter Milch, für ein Schwein von über 2 Monaten — 20 Kilo Fleisch (Lebendgewicht) und für ein Schaf oder eine Ziege — 5 Kilo Fleisch (Lebendgewicht). Für jedes zusätzliche Stück Vieh, das in der Wirtschaft außer einer Kuh, oder eines Schweins, oder zwei Schafe (Ziegen) vorhanden ist, werden die obligatorischen Ablieferungen verdoppelt. Sind in der Familie der Viehbesitzer Arbeitsfähige vorhanden, die weder in Staatsbetrieben und Anstalten noch in gesellschaftlichen und Genossenschaftsorganisationen arbeiten (Hausfrau und Studierende nicht miteinbezogen), so werden die obligatorischen Milch- und Fleischablieferungen um 50 Prozent über die festgelegten Normen erhöht.

Die Berechnung der obligatorischen Fleisch- und Milchablieferungen ist auf Grund des Viehbestands am 1. Oktober durchzuführen.

Den Ministerräten der Unionsrepubliken das Recht einzuräumen, obligatorische Milch- und Fleischablieferungen, die in diesem Beschluß festgelegt sind, von

Bürgern, die Viehbesitzer sind, in großen Städten, die nicht Republik-, Gau- oder Gebietszentren sind, einzuführen und ebenso die Bevölkerung einzelner kleinerer Städte von den obligatorischen Milch- und Fleischablieferungen zu befreien, wenn diese Städte auch die Hauptstädte von Gebieten, Gauen oder autonomen Republiken sind.

5. Den Exekutivkomitees der Stadt- und Rayonssowjets der Deputierten der Werktätigen das Recht einzuräumen, laut Ersuchen Gesellschaftsorganisationen, Betriebe und Anstalten einzelne Bürger, die in Städten wohnen und Vieh im Privatbesitz haben, in Ausnahmefällen von den obligatorischen Milch- und Fleischablieferungen zu befreien.

6. Die Wirtschaften von Kollektivisten, die in Städten wohnen, zu obligatorischen Milch- und Fleischablieferungen nach der für den Kollektivistenhof festgelegten Norm nur in dem Fall heranzuziehen, wenn alle arbeitsfähigen Familienmitglieder das festgelegte Minimum an Einheiten ausgearbeitet haben. Wenn einzelne Mitglieder dieser Familien das festgelegte Minimum an Einheiten ohne triftigen Grund nicht ausarbeiten, wird die obligatorische Milch- und Fleischablieferung nach der für Einzelwirtschaften festgelegten Norm berechnet. Die Festlegung der obligatorischen Milch- und Fleischablieferungen für die genannten Wirtschaften von Kollektivisten, wo einzelne arbeitsfähige Familienmitglieder bis zum 1. September das festgelegte Minimum von Einheiten ohne triftigen Grund nicht ausgearbeitet haben, geschieht nach Listen der Wirtschaften, die von der Vollversammlung der Kollektivisten oder von Versammlungen der Bevollmächtigten bestätigt worden sind.

7. Den Ministerräten der Unionsrepubliken zu erlauben, entsprechend Sanitätserwägungen das Halten von Vieh im Privatbesitz der Stadtbevölkerung zu verbieten.

8. Das Ministerium für Sowchose der UdSSR, das Ministerium für Landwirtschaft der UdSSR, andere Ministerien und Ämter, die Sowchose und Hilfswirtschaften besitzen, Ministerräte der Republiken, Gau- und Gebietsexekutivkomitees zu verpflichten, den Verkauf von Kühen und Ferkeln bei Stadtbewohnern durch die Sowchose, Kolchose und Hilfswirtschaften der Industriebetriebe zu organisieren, um kein Schlachten des produktiven Milchviehs zu Fleisch zuzulassen.

9. Festzulegen, daß Viehbesitzer, die produktives Milchvieh an Kolchose, Sowchose, Hilfswirtschaften, Kontore für Erfassung und Vertrieb von Rassen- und Nutzvieh des Ministeriums für Landwirtschaft der UdSSR und Fleischrindvieh, Schweine, Schafe und Ziegen im Staatsaufkauflauf verkauft haben, von den obligatorischen Milch- und Fleischablieferungen für nicht eingetretene Fristen befreit werden. Hat man das Vieh einzelnen Bürgern verkauft oder geschachtet, so werden die Naturalablieferungen in vollem Maße erhoben.

Falls das Vieh nach dem 1. Oktober angeschafft wurde, werden die obligatorischen Milch- und Fleischablieferungen nach voller Jahresnorm erhoben. Bei Veränderung des Bestands an arbeitenden arbeitsfähigen Familienmitgliedern nach dem 1. Oktober wird die Ablieferung für nicht eingetretene Lieferungsfristen umberechnet.

10. Dem Ministerium für Landwirtschaft der UdSSR, dem Ministerium für Sowchose der UdSSR, anderen Ministerien und Ämtern, die Sowchose und Hilfswirtschaften haben, zu erlauben, Rassenrindvieh aus Wirtschaften von Stadtbewohnern zu Preisen für Rassenvieh aufzukaufen und Nutzvieh — zu staatlichen Aufkaufpreisen für das Vieh mit Zuschlag bis zu 50 Prozent je nach der Qualität des Viehs und den vorhandenen Preisen auf dem Markt.

11. Die Landwirtschaftsbank zu verpflichten:

a) 1956 den Kolchosen, die es benötigen, Kredit einzuräumen zum Aufkauf von Kühen bei der Stadtbevölkerung für die Frist von 5 Jahren mit Löschung vom 2. Jahr an nach Erhalten des Kredits;

b) 1956 den Sowchosen und Hilfswirtschaften der Ministerien (Ämter) auf Rechnung der Mittel des Unionsbudgets den Wert der Kühe zu bezahlen, die sie bei der Stadtbevölkerung aufkaufen.

12. Das Ministerium für Sowchose der UdSSR, das Ministerium für Landwirtschaft der UdSSR, andere Ministerien und Ämter, die Sowchose und Hilfswirtschaften haben, Ministerräte der Unionsrepubliken, Gau- und Gebietsexekutivkomitees zu verpflichten, Maßnahmen zu treffen zur Versorgung des Viehs, das bei Stadtbewohnern aufgekauft wurde, mit Futter und Stallungen.

## ERKLÄRUNG DES ZK DER KPdSU anlässlich des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands

Im Zentrum Europas ist ein Ereignis von großer politischer Wichtigkeit geschehen, das gegen die Sache des Friedens und der Demokratie gerichtet ist. Die westdeutschen Behörden haben die Kommunistische Partei Deutschlands für vogelfrei (außerhalb des Gesetzes stehend) erklärt. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sieht das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands für eine volksfeindliche Handlung an, die die Elementarrechte und -freiheiten des deutschen Volkes mit Füßen tritt und auf die Unterdrückung der friedliebenden Kräfte gerichtet ist, auf die Verstärkung des aggressiven deutschen Militarismus, der die Sicherheit der Völker Europas gefährdet.

Das Verbot der KPD kann nicht umhin, eine entschiedene Verurteilung seitens der ganzen Weltöffentlichkeit hervorzurufen, umso mehr, da es kein isolierter Akt in der Politik der westdeutschen regierenden Kreise ist, sondern ein Glied in der allgemeinen Kette von Maßnahmen, die auf die Verwandlung Westdeutschlands in einen Militaristenstaat gerichtet sind, in einen gefährlichen Herd eines neuen Kriegs und der Reaktion in Europa. Das führt zur Verstärkung der internationalen Spannung.

Dieser Akt der Gewalt und des Angriffs der Reaktion und des Militarismus auf die friedliebenden und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik verpflichtet uns, der Weltöffentlichkeit zu erklären, daß die Übergriffe der westdeutschen Behörden diese Richtung verfolgen, in der sich die Ereignisse, die mit der Errichtung des faschistischen Regimes in Deutschland im Zusammenhang standen, entwickelten. Auch damals begann die Vorbereitung zu den Revancheaktionen mit der Vernichtung der demokratischen Organisationen des deutschen Volkes. Die ersten Schläge galten der Kommunistischen Partei Deutschlands als dem Vortrupp der Arbeiterklasse, der konsequent gegen die Hineinzerung Deutschlands in Kriegsabenteuer kämpfte sowie für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes. Danach wurden die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und alle anderen Parteien außer der nationalsozialistischen verboten.

Nachdem sich Hitler auf diese Weise innerhalb des Landes freies Spiel verschafft hatte, schritt er bekanntlich zur forcierten Umrüstung Deutschlands, erklärte die allgemeine Wehrpflicht und verwirklichte dann, unter schweigender Hinnahme der Westmächte, territoriale Eroberungen und entfesselte den zweiten Weltkrieg.

Jetzt schlagen die regierenden Kreise Westdeutschlands denselben Weg ein, den der deutsche Nazismus ging. Wie seinerzeit der deutsche Faschismus nutzen sie die Unterstützung der imperialistischen Kräfte des Westens aus und erklärten, nachdem sie laut der Pariser Abkommen das Recht auf die Remilitarisierung Westdeutschlands erhalten hatten, die allgemeine Wehrpflicht, entfalteten die Waffenproduktion, formierten eine neue aggressive Wehrmacht mit Hitlergenerälen an der Spitze, bilden eine Halbmillionenarmee mit Tanks- und Luftwaffenverbänden. Während die deutschen Militaristen und Revanchisten die Kommunistische Partei Deutschlands verbieten, deren Kampf gegen diese Politik immer größere Unterstützung der breiten Volksmassen Westdeutschlands findet, streben sie danach, eines der Haupthindernisse auf dem Weg der Wiedergeburt des deutschen Militarismus zu beseitigen. Indem sie vor allem der Kommunistischen Partei Deutschlands Schläge versetzen und die Existenz aller anderen demokratischen Organisationen bedrohen, wollen die westdeutschen Militaristen das deutsche Volk zwingen, ein stummes Werkzeug in den Händen der Organisatoren eines neuen Krieges zu sein.

Mögen aber die deutschen Militaristen und Revanchisten, die in die Fußstapfen Hitlers treten, wissen, daß sich die Geschichte nicht wiederholt. Die ganze historische Lage ist heutzutage eine andere. Die Völker haben durch die bittere Erfahrung des zweiten Weltkriegs vieles gelernt. Das sozialistische Weltsystem hat sich in eine gewaltige unbesiegbare Kraft verwandelt, die die Sowjetunion, die große Chinesische Volksrepublik und andere den Sozialismus aufbauende Länder vereint. Auch in Deutschland, wo sich der erste Arbeiter- und Bauernstaat in der Geschichte Deutschlands — die Deutsche Demokratische Republik festgesetzt hat und erfolgreich entwickelt, wird jetzt der Sozialismus aufgebaut.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, dieser erprobte Kämpfer für die Sache der deutschen Arbeiterklasse, hat trotz grausamer Verfolgungen und schwerer Opfer, die sie zur Zeit des Faschismus

erlitten, in engem Bündnis mit anderen demokratischen Kräften ehrenvoll für die Befreiung ihrer Heimat von der Faschistenherrschaft gekämpft. Nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerismus hat die Kommunistische Partei einen mutigen und hartnäckigen Kampf für den Frieden, gegen die Remilitarisierung Deutschlands, für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage, für die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes und die Verwirklichung der lebenswichtigen Forderungen der werktätigen Massen, für ein freundschaftliches Zusammenarbeiten zwischen den Völkern, gegen die Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen entfaltet.

Gerade wegen friedliebender echt demokratischer Politik ist die Kommunistische Partei Deutschlands für vogelfrei erklärt worden. Ist denn die Tatsache nicht schändlich und unzulässig, daß die Tätigkeit der Kommunistischen Partei, die eine den Hoffnungen des deutschen Volkes entsprechende Politik durchführt und die Sache des Friedens und der Demokratie verteidigt, für „verfassungswidrig“ anerkannt wird, während die faschistischen und militaristischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland frei existieren können und ihre Tätigkeit für gesetzlich und verfassungsgemäß gilt.

Die Völker der Welt sind mit Recht darüber beunruhigt, daß in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig die Verfahren und Methoden der gewalttätigen Abrechnung mit den demokratischen friedliebenden Parteien und Organisationen wiederbelebt werden, deren sich der deutsche Faschismus bediente, den im Kampfe zu zerschmettern die Länder der Antihitlerkoalition so viele Kräfte einsetzen und solch schwere Opfer brachten.

Das ZK der KPdSU lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die terroristischen Aktionen der westdeutschen Behörden größtenteils die einmütigen Beschlüsse der Mächte der Antihitlerkoalition verletzen, welche festlegten, daß die Demokratisierung Deutschlands die wichtigste Vorbedingung der Nachkriegsordnung Deutschlands ist.

Es muß mit vollem Ernst betont werden, daß das Verbot der Kommunistischen Partei, die am konsequentesten für die Wiedervereinigung Deutschlands kämpft, auch dazu führt, die Wiedervereinigung des deutschen Staates auf friedlicher und demokratischer Grundlage unmöglich zu machen. Durch das Verbot der Kommunistischen Partei hat die westdeutsche Regierung noch einmal bewiesen, daß sie gegen die Einigung Deutschlands vermittelte gegenseitige Annäherung und Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten ist, obwohl dieser Weg der einzig richtige und demokratische Weg der Lösung der deutschen Frage ist, der den Interessen sowohl des deutschen Volkes als auch der anderen Völker entspricht. Unter den Bedingungen der Unterdrückung der Redefreiheit, des Rechts der demokratischen Parteien und Organisationen auf freie Tätigkeit kann von einer freien Willensäußerung des deutschen Volkes zur Frage über die Wege der Einigung Deutschlands überhaupt nicht die Rede sein. Das Gerede über „freie“ gesamtdeutsche Wahlen wird unter den bestehenden Bedingungen gänzlich sinnlos.

Das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands ist ein schlagender Beweis dafür, daß die westdeutschen Kreise nicht auf eine friedliche, sondern eine gewalttätige Einigung Deutschlands durch einen neuen Krieg zuseuern.

Diese Politik der westdeutschen Militaristen ist förgenschwer nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für die anderen, vor allem für die Deutschland benachbarten Völker. Die von den westdeutschen Behörden verübten Akte der Willkür und Gesetzlosigkeit zeugen davon, daß die Kräfte des Krieges und der Revanche der Meinung der Weltöffentlichkeit zum Trotz handeln, die entschieden die Politik des Friedens und der weiteren Entspannung der Weltlage verfißt.

Es besteht kein Zweifel, daß das Verbot der Kommunistischen Partei lediglich der erste Schritt ist auf dem Wege der Willkür gegenüber anderen Parteien und Organisationen, die den heutigen Machtverhältnissen Westdeutschlands aus irgendwelchen Gründen mißlieblich sind. Deshalb begehnen diejenigen einen Fehler, die angesichts der antidemokratischen gegen die KPD gerichteten Aktionen der westdeutschen Regierung Schweigen bewahren. Die schweren Lehren der jüngsten Vergangenheit Deutschlands dürfen nicht vergessen werden. Wenn heute die KPD verboten ist, so kann das morgen anderen Parteien und Organisationen zustoßen. Dahin führt die Logik der Handlungsweise der reaktionären und militaristischen Kreise der BRD.

(Fortsetzung siehe S. 3)

# ERKLÄRUNG DES ZK DER KPdSU anlässlich des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands

(Von S. 2 fortgesetzt)

Der antidemokratische Feldzug der westdeutschen Reaktion zeigt davon, daß über Westdeutschland auf neue der unheilverkündende Schatten des Faschismus lagert. Gerade darum ist es vonnöten, daß alle die, denen die Sache des Friedens, der Demokratie und internationalen Zusammenarbeit teuer ist, die eine Wiedergeburt des deutschen Faschismus nicht wollen, den Angriff der deutschen Reaktion auf die progressiven Vertreter des deutschen Volkes, die für den Frieden und demokratische Rechte kämpfen, entschieden entgegenzutreten.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bekundet seine brüderliche Solidarität zu dem mutigen Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Interessen des deutschen Volkes, für die Sache des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus und gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk nicht den Weg gehen wird, auf den es die Kräfte der Reaktion und des Krieges stoßen wollen. Wir hoffen, daß das deutsche Volk den einzig richtigen Weg gehen wird — den Weg des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern, der ihm wahren Progreß und Gedeihen sichert. Wir hoffen, daß die deutsche Arbeiterklasse die Kraft aufbringt, keine Wiederholung des verhängnisvollen Fehlers der Vergangenheit zuzulassen, als dessen Folge es der Reaktion gelang, die deutsche Arbeiterbewegung Teil für Teil zu zerschmettern. Der Arbeiterklasse wird es gelingen, alle aufrichtigen, progressiven Kräfte des deutschen Volkes um sich zu scharen, um ein Entgegensetzen Westdeutschlands auf den Weg des Faschismus und der Kriegsabenteuer zu verhindern.

Das ZK der KPdSU ist überzeugt, daß die deutschen Kommunisten, getreu den Interessen ihres Volkes, auch weiterhin gemeinsam mit allen wirklich demokratischen Schichten des deutschen Volkes hingebungsvoll für den friedlichen demokratischen Entwicklungsweg Deutschlands kämpfen werden. In diesem Kampf werden sie seitens des Sowjetvolks und aller progressiven Kräfte der Welt stets heiße Sympathie und Unterstützung finden.

## ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION.

### Was hemmt die Arbeit Dortschöns?

Alexander Dortschön arbeitet mit seinem Kombi auf den Feldern des Lenin-Kolchos, Rayon Pawlowsk. Bis zum 30. August hatte er bereits 246 Hektar Hafer und Weizen eingebracht, davon 183 ha mit dem Auflöser und 63 ha durch direkte Kombinierung. Dieses Ergebnis wird als die Bestleistung in der Lebjaschinskaja-MTS anerkannt.

Als wir mit Dortschön sprachen, meinte er, daß ihm jeder Hektar viel Schweiß gekostet hat. Aber er verstand es, das gute Wetter auszunützen. Beim schönen Wetter arbeitete er bis 3-4 Uhr nachts.

— Aber, — sagte Alexander, — ich hätte eine höhere Leistung gehabt, wenn nicht so viel Hindernisse in der Arbeit vorkämen.

Und Dortschön erzählte uns folgendes: seit dem Anfang der Ernteeinbringung bis jetzt hat er schon den dritten Traktor gewechselt, da alle Traktoren der Lebjaschinskaja-MTS in schlechtem Zustand sind. Der Traktorist Johann Maier ist ein ausgezeichnete Traktorist, aber er konnte nichts mit dem schlecht renovierten Traktor anfangen. Man gab ihm den zweiten Traktor — auch der arbeitete schlecht. Wieder unzählige Fälle des Stillstandes! Am 30. August gab man ihm den dritten Traktor. Aber auch er stand schon in unserer Anwesenheit still.

Die zweite, nicht weniger wichtige Ursache, die die Ernteeinbringung hemmt, besteht im Mangel an Autos. So werden z. B. 5 Kombinen der 2. Brigade schon mehrere Tage von einem Auto bedient. Das einzige Auto kann diese Arbeit nicht bewältigen, deshalb sind die Kombiführer gezwungen, das Getreide im offenen Felde abzuladen, wozu sie, um es an bestimmten



Alexander Dortschön will und kann mehr leisten. Aber viele Hindernisse versperren den Weg seines Kombines.

Plätzen zu konzentrieren, bis 300 Meter vom Ackerstreifen mit dem Kombi fahren müssen.

Als wir über all diese empörenden Tatsachen mit dem MTS-Direktor Trofimow sprachen, nahm er überhaupt keine Schuld auf sich. Die Sache mit den Traktoren wollte er umgehen, die unnormale Lage mit den Autos schieb er der Pawlower Autokompanie und dessen Leiter Borissov in die Schuhe. Aber von diesem Ausreden ist es den Kombiführern nicht leichter, und die Ernteeinbringung wird dadurch nicht beschleunigt.

Dortschön will und kann seine Verpflichtung (600 ha Getreide zu mähen) erfüllen, aber dazu müssen die Hindernisse, die seine Arbeit hemmen, beseitigt werden.

Joachim KUNZ.



Das Bild klagt an. Der Weizen einfach auf die Stoppel geworfen — so sieht es überall auf den Feldern des Lenin-Kolchos, Rayon Pawlowsk, aus, weil die Leiter des Rayons nicht genug Autos für Bedienung der Kombinen sicherten. Foto (2): B. Ludinowski.

# Stillstandlose und hochproduktive Arbeit

— Er hat heute den Bischof überholt, — sagt man von einem Kombiführer im Rayon Rubzowsk, und es ist das höchste Lob, das einem zuteil werden kann.

Der Kombiführer der Rubzowskaja-MTS Heinrich Bischof ist schon mehrere Jahre als bester im Rayon bekannt. Schon dreimal war er Teilnehmer der Unions-Landwirtschaftsausstellung, hat eine silberne, zwei goldene Medaillen und ein Diplom II. Grades von Ausstellungskomitee erhalten.

Im vorigen Jahr mähte Bischof im Lenin-Kolchos, im Karl-Marx-Kolchos und in Jakutin mit seiner Koppelung von zwei „S-6“ 2 100 Hektar Getreide. Auch in diesem Jahr hat der erfahrene Kombiführer mit einem „S-6“ schon über 400 Hektar mit hoher Qualität gemäht. Er kennt keinen Stillstand und leistet 25—27 Hektar in der Schicht.

Wir wandten uns an Heinrich Bischof mit der Frage: „Wir erreichen Sie stillstandlose Arbeit und hohe Leistung?“ Hier seine Antwort.

## VERVOLLKOMMUNG DES KOMBINES

Außer der Reparatur lasse ich meinem Kombi ständig Vervollkommnungen angeheihen, die ihn leistungsfähiger machen.

Mich befriedigte z. B. die Arbeit meines „S-6“ deshalb nicht, weil er Korn gemischt mit Spreu und anderen Beimischungen in den Bunker gießt und das alles auf die Kolchostenne kommt. Wie ich mich auch bemühte, das Dreschen zu regulieren, gingen Körner mit Stroh und Spreu auf den Boden.

Da verlängerte ich das Sieb der 2. Reinigung um 35 Zentimeter. Die Picker des Strohtransportors ersetzte ich durch Schüttler nach dem Muster des selbstfahrenden Kombines. Das ver-

längerte Sieb befreit das Korn fast gänzlich von feinen Beimischungen, die Schüttler lassen kein Korn im Stroh, so daß ich es jetzt erreicht habe, daß das gedroschene Korn ziemlich sauber zur Tenne kommt.

Den Speisetransportör habe ich mit einem Leintuch versehen. Die Leisten sind über dem Tuch befestigt. Unter dem Tuch legte ich den Leisten schmale Riemenstreifen bei. Diese Vorrichtung liquidierte vor allem das Brechen der Leisten, daß uns früher alltäglich Scherereien machte. Die beigelegten Riemenstreifen hüten das Tuch vor schneller Abnutzung.

## ALLTÄGLICHE MASCHINENPFLEGE

Nicht minder spielt für die unterbrochene und qualitative

Arbeit des Kombineaggregats die alltägliche Pflege ihre Rolle.

## Shdanow-Kolchos bewältigte Getreidemähd

Am 28. August hat unser Shdanow-Kolchos, Rayon Slawgorod, die Getreidemähd auf einer Fläche von 4800 Hektar abgeschlossen. Die Ernte ist ertragreich.

Die Lafette-Mähmaschinen arbeiteten bei uns im Verlaufe der ganzen Erntezeit. Tag und Nacht, bei beliebigem Wetter und mähten 2500 ha Getreide. Außerdem hätten wir ohne gesonderte Ernteeinbringung die Getreideverluste bei schlechtem Wetter nicht vermeiden können. — Unsere mechanisierten Tennen ersparten uns viel Arbeitskraft. 8 Mann bewältigten vollständig die Bearbeitung des Getreides. Das war ebenfalls dank der gesonderten Ernteeinbringung möglich, da das Getreide zur Tenne trocken und sauber eintraf und fast keine Bearbeitung benötigte. Hier ersparten wir an die 3000 Arbeitseinheiten.

Um Getreideverluste zu vermeiden, versehen wir die Auflöser mit Rechen, die als Anhängegeräte angebracht sind.

Unsere Mechanisatoren und Kollektivisten arbeiteten wirklich in der Erntezeit heldenhaft. Als Vorbild des Arbeitsheldentums können die Mechanisatoren

der Brigade Heinrich Hergerts dienen. Der Maschinist der Lafette-Mähmaschine Heinrich Wilms mähte in kurzer Zeit 458 ha, d. h. 30-40 ha täglich. Das Aggregat von Johannes Knaub mähte über 500 ha Getreidekulturen und las die Schwaden von 297 ha auf.

Unsere Kollektivisten beschlossen, in diesem Jahr 42000 Zentner Getreide an den Staat zu liefern. Zum 29. August brachten wir zum Elevator 90000 Pud Getreide. Auf den Tennen liegen an die 3600 Zentner, die wegen Mangel an Autos nicht zum Annahmepunkt gebracht werden können. Die Nekrassowskaja-MTS, Podosnower Dorfkonzernverein u. a. Organisationen, die dem Kolchos Autos zur Verfügung stellen müssen, machten bis jetzt noch keine einzige Fahrt zum Elevator. Hier müßten sich die Rayonleiter einmischen.

Wir werden alle Kräfte anstrengen, um in 2-3 Tagen völlig das Auflösen der Schwaden zu beenden und zum 5. September den Plan der Getreideablieferung an den Staat zu erfüllen.

Jakob UNRUH,  
stellvertretender Vorsitzender  
des Kolchos.

## Nennt sich das vernünftige Organisation?

Es ist der erste sonnige Tag nach dem großen Regen... Herauf und herunter gleiten auf dem großen Weizenfeld drei Speichenschiffe, drei Kombinen ernten mit Volldampf den Weizen in der 1. Abteilung des Koschinskij-Ribensowchos.

Aber auf dem Nebefeld rattert jetzt kein einziger Motor. Man kann bloß hören, wie Kombiführer Helmut Schulz und Traktorist Johannes Moser Himmel, Kreuz und Donnerwetter zu Hilfe nehmen, indem sie schweißtriefend versuchen, den Kombi in Gang zu bringen.

Und der Kombi sieht aber wunderlich aus: vorne — zwei Traktoren, durch eine dicke Kette verbunden, hinten ein Strohwagen, zusammengeflocht aus altem Eisen. Es ist ein uralter „Kommunar“-Kombi, mit dem sich schon Generationen von Kombiführern herumgeplagt haben. Drei Motoren sollen hier arbeiten; wenn einer steht — stehen alle drei, das Lastauto nicht mitgerechnet.

Vier Maschinen und fünf Mann haben am 28. August nicht einen Hektar eingebracht, abgesehen davon, daß der Mechaniker der Abteilung stundenlang bei dieser Kombi verweilte, derweil die Lafette-Mähmaschinen auf einem anderen Feld schon stillstanden.

— Mit der Lafette-Mähmaschine ging es weit besser, 130 Hek-

tar habe ich schon gemäht, bis man mich auf diese alte Bude versetzte. Drei Tage standen wir bei der Reparatur und vier Tage wegen Regen — die Leute mähen und wir stehen, — sagt mit Empörung Helmut Schulz.

— Wissen Sie, ich bin auch dagegen, daß dieser Kombi verwendet wird. Ich habe mich selber mit ihm einen ganzen Tag herumgeplagt, bis wir ihn flotgekriegt haben, — erklärte Agronom und stellvertretender Abteilungsleiter Ustinow.

Und zu gleicher Zeit liegt dem Sowchoskontor gegenüber eine nagelneue Lafette brach, die noch vor den Regentagen abgestellt wurde.

— Wir hatten keine Headers, um sie auf die Kombinen zu montieren, deswegen haben wir die Lafette-Mähmaschine auseinandergenommen, — erklärte uns zu dieser Frage Sowchosdirektor Woloschin.

Gleichzeitig beklagte er sich, daß das Getreide auf den Sowchosfeldern ungleichmäßig reife, daß deswegen die Kombinen die grüne Masse nicht durchdreschen können.

Wäre da nicht vernünftiger, vor allem an die gesonderte Einbringung zu denken, und nicht daran, wie man schneller die Lafette-Mähmaschinen auseinandernehmen kann?

M. LEMSKI.

Wie auch in den vorigen Jahren komme ich mit Steuermann und Traktoristen bei Tagesanbruch zum Kombi. Der Traktorist besichtigt seinen Traktor, der Steuermann schmiedet den Kombi, ich prüfe jede Kette, jede Welle, jeden Bolzen und jede Mutter. Was sich gelockert hat, ziehe ich sofort fest; was sich abgearbeitet, wird ersetzt. Alles wird reguliert und eingestellt.

Am gründlichsten wird der Kombinemotor, das Herz des Aggregats, besichtigt und geprüft. Deshalb gehen wir an die Arbeit überzeugt davon, daß uns den Tag über keine Überraschungen passieren werden.

In der Nacht, beim Arbeitschluß besichtigen wir das Aggregat auch. Hier stellen wir fest, ob irgendwelches Detail die Kapitalreparatur benötigt. Wenn sich ein solches findet, bringen wir es sofort in die Werkstatt, um am nächsten Morgen langen Stillstand zu vermeiden.

## ZUSAMMENARBEIT ALLER MITGLIEDER DES AGGREGATS

Erfolgreich kann ein Kombineaggregat nur dann arbeiten, wenn alle Mitglieder vom Kombiführer bis zum Arbeiter am Strohwagen einig und diszipliniert zusammenhalten. Der Kombiführer ist der Leiter des Aggregats und seine Verordnungen sind für alle anderen unwiderrufliches Gesetz. Ein jeder muß für die ihm anvertraute Arbeit Verantwortung tragen. Alle müssen in engem Kontakt arbeiten. Und, was das Wichtigste ist, im Falle einer Störung, die zum Stillstand führt, müssen alle eingreifen, den Schaden schnellstens beseitigen. Unser Kollektiv ist einig, und ich kann vom Nutzen dieser Zusammenarbeit überzeugt berichten.

Am 21. August hatten wir den ersten Stillstand aus technischen Gründen in diesem Jahr. Es „riß“ ein Zylinderventil am Traktormotor, und wir müßten stillstehen. Die Liquidierung eines solchen Verlustes verlangt gewöhnlich einen großen Kraftaufwand und nimmt viel Zeit in Anspruch.

Wir gingen sofort alle an die Arbeit: der Traktorist, Steuermann, Junge vom Strohwagen und ich. Schnell legten wir den Motor frei, öffneten ihn, entfernten den zerbrochenen Ventil. Häufig der Traktorist nicht zu Fuß 15 Kilometer bis zur Werkstatt gehen müssen, so hätten wir den Schaden in 2 Stunden liquidiert. So aber brachten wir das nur in 4 fertige, aber auch nur deswegen, daß wir alle kräftig anpackten.

Aufgeschrieben von  
A. KRÄMER.

## UNSERE KOMBIFÜHRER ARBEITEN SCHLECHT

Die Getreideernte begann in unserem Mikojan-Kolchos, Rayon Talmenska, am 5. August. Seit dieser Zeit bis zum 25. August sind von 2.240 ha Getreidekulturen erst 285 ha vollständig eingearbeitet. Wir konnten uns schon überzeugen, daß der Weizen 25-30 Zentner, der Hafer 23—25 Zentner vom Hektar gibt.

Im großen und ganzen geht die Arbeit sehr schlecht vor sich. Die Hauptursache besteht im fortwährenden Stillstand der Kombinen, die im Winter sehr schlecht repariert wurden. Auf den Feldern unseres Kolchos arbeiten ihrer 6, aber fünf von ihnen (Kombiführer Valentin Kreuz, Jakob Berg, Leonti Kaschajew und Johannes Dettling) mähen 2—4 ha in der Schicht. In selber Zeit mäht neben ihnen Leonid Bubentschikow mit der Lafette-Mähmaschine und leistet täglich anderthalb Normen.

Der Direktor der Talmenskaja-MTS Jakob Maidanski kühnert es wenig, daß der Weizen in Gefahr ist.

Die bei uns am 24. August stattgefunden offene Parteiversammlung beschloß, von Maidanski die schnellsten Maßnahmen zur rechtzeitigen Ernteeinbringung zu verlangen.

Bis jetzt wurden erst 2.500 Zentner Getreide gegen 28.000 laut Plan an den Staat abgeliefert.

Johannes BIKER.

ARBEIT

## Das Welschkorn darf nicht ungeerntet bleiben!

Für die Schaffung einer festen Futterbasis und Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Viehzucht haben die Kolchose des Gaus in diesem Jahr über 800 000 Hektar Welschkorn gesät. Dank den Bemühungen der Kollektivistin und Mechanisatorin ist fast überall eine reiche Ernte dieser wertvollen Korn- und Futterkultur gesichert.

Jetzt ist die entscheidende Zeit der Ernteeinbringung des Welschkorns für Silage eingetreten.

Wie ist die Lage mit der Einbringung des Welschkorns? Die Kolchose des Rayons Kalmanka haben 63 Prozent des Welschkorns eingeerntet, des Rayons Ust-Pristan — 56 Prozent, des Rayons Troizkoje — 60 Prozent. Der Kalinin-Kolchos, Rayon Ust-Kalmanka, hat den Plan der Silageeinlegung zu 80 Prozent erfüllt, der Stalin-Kolchos desselben Rayons zu — 72 Prozent.

Die meisten Kolchose und Rayons des Gaus bringen jedoch die Ernte des Welschkorns zu langsam ein. Die Kolchose des Rayons Bajowo haben nur 18 Prozent, des Rayons Krutitscha — 13 Prozent, des Rayons Schelabolitscha — 17 Prozent, des Rayons Kurja — 7 Prozent eingeerntet. Der Kaganowitsch-Kolchos, Rayon Aleisk, hat nur 12 Prozent der Silage vorbereitet. Der Kolchosvorsitzende Klujew will das übrige Welschkorn für Heu mähen. Bojdyrjew, Direktor der Kaschinskaja-MTS, die diesen Kolchos bedient, ist dieser Meinung. In den Kolchosen der Kaschinskaja-MTS hat man bis jetzt noch nicht mal ein Drittel des Welschkorns eingeerntet. Der MTS-Direktor hat praktisch die Einernung des Welschkorns eingestellt.

Sorglos verhält sich zu der Einernung des Welschkorns der Direktor des UstpristankajamTS Sjochin. Er klagte stets darüber, daß es ihm an Silagekombi- nieren mangelt. Vor kurzem trafen für die MTS 10 neue Silagekombi- nieren ein. Sie blieben 4 Tage in Aleisk stehen und wurden erst nach der Einmischung des Gauparteikomitees abgeholt.

Das Welschkorn und die grüne Masse auf den Welschkornplantagen trocken schon meistenteils aus. Somit geht die Möglichkeit

verloren, Silage einzulegen. Das riesige Mähen und große Mittel, die die Kolchose in die Welschkornsaaten legten, werden entwertet.

Die Praxis zeigt, daß man das Erhalten milchwachsreifer Kolben nur auf einigen gut bearbeiteten Grundstücken erwarten kann. Deshalb muß man sie für diesen Zweck aufbewahren, und das übrige Welschkorn für Silage ausnützen. Dabei wird die Frist für dies unwiderruflich versäumt werden, wenn man nicht jetzt die notwendigen Maßnahmen für seine Einernung trifft.

Einzelne Leiter, wie Klujew und Bojdyrjew, trösten sich mit dem Gedanken, das Welschkorn für Heu einzuerneten. Der wirtschaftliche Unsinn solcher Absicht ist offenbar, weil das ausgetrocknete Welschkornstroh ein wenig nahrhaftes Heu ist und, mit Unkraut gemischt, von den Kühen schlecht gefressen wird. Es kann keineswegs die Silage ersetzen.

Die Einstellung der Welschkornerte für Silage ist nicht zu entschuldigend. In jeder MTS gibt es eine große Zahl spezieller Silagekombi- nieren sowie Getreidekombi- nieren, die fürs Abernten der Silagepflanzen ausgestattet sind, Mähmaschinen, Silagehäcker für die Einernung und Zerkleinerung der Silagemasse. Diese Technik wird schlecht ausgenutzt. Im äußersten Fall könnte man dort, wo es nicht genug Silageerntetechnik gibt, ein Teil der Getreidekombi- nieren, deren es jetzt genug gibt, ausnützen.

Es gibt bei uns noch solche Neummalklugen, die diese unzulässige Lage theoretisch begründen und erklären, daß es im Altai seit altersher so wäre, daß wenn das Getreide eingeerntet wird, alle anderen Arbeiten zur Seite gelegt werden, weil sie die Getreideeinbringung aufhalten.

Die Lage mit der Beschaffung der Welschkornsilage gibt Anlaß zu Besorgnis. Von dem Plan (5 400 000 Tonnen) sind nur 1 205 000 Tonnen oder 22,2 Prozent erfüllt.

Man muß unverzüglich die ganze vorhandene Technik in Gang setzen und ganzes Welschkorn einerneten.

Nikolaus AXEN.

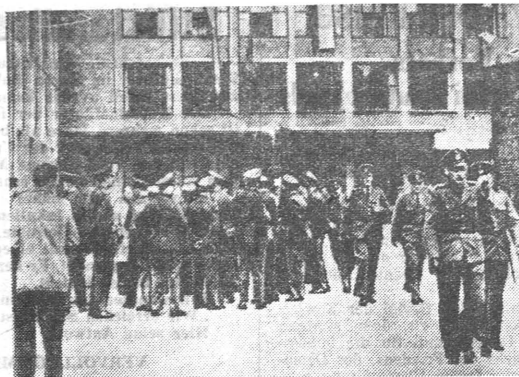
### „Arbeit“ geht der Sache nach

#### „SCHANDE DES RUBZOWSKI-RUBENSOWCHOS“

Unter diesem Titel brachten wir in unserer Zeitung vom 1. August eine Korrespondenz von Bella Greinmann, in der von der schlechten Jugendziehung im Sowchos die Rede war. Der Sekretär des Parteibüros des Sowchos N. Pasetschenko teilt uns mit, daß sich die Tatsachen be-

stätigt haben. Der Artikel wurde in der Sitzung des Parteibüros besprochen.

Das Parteibüro beschloß, gemeinsam mit den Gewerkschafts- und Komsomo-organisationsen die Arbeit des Klubs, der Sportgesellschaft und der Laienkunstzirkel zu unterstützen.



Westdeutschland heutzutage. Die Adenauer-Polizei überfällt ein Gebäude der Kommunistischen Partei Deutschlands in Düsseldorf. Foto: Zentralbild.

## Die KPD war, ist, wird sein!

Die KPD verboten! Diese Worte brennen wie glühendes Eisen.

Neue braune Schergen wühlen in Wohnungen und Büroräumen, in Küchenschränken und Bücherregalen. Sie haben schon die Fackeln entzündet, um einen neuen Brand zu entfachen. Sie wollen wieder die Werke der größten Denker dem Scheiterhaufen preisgeben. Alles soll erstickt werden, was wirklich groß und wirklich deutsch ist. Vor allem das Streben nach Einheit und Frieden.

Für staatsgefährlich erklärt wird jeder, der für diese natürlichen Gefühle und Bestrebungen eintritt.

Für staatsgefährlich erklärt wird jeder, der für ein demokratisches Deutschland kämpft.

Für staatsgefährlich eben deshalb die KPD erklärt!

Damit hat auch 1933 Hitler begonnen. Zuerst war es die KPD, dann die Sozialdemokraten und andere demokratische Parteien und Organisationen. Es folgten Konzentrationslager, Einzelkammern, Hinrichtungen... Als Fanal der ruchlosen Gewaltherrschaft der Faschisten kam der zweite Weltkrieg, der 40 Millionen von Menschen das Leben kostete, 40 Millionen!

Und diese Opfer der faschistischen Politik schrecken die Erben Hitlers nicht ab. Das Verbot der KPD soll nur der erste Schritt sein. Adenauer und seine Helfershelfer holen zu weiteren Gewalttaten aus.

Doch wir klagen sie an! Der Ruf aller ehrlichen Menschen der Welt, auch unser Ruf, der Ruf der Sowjetdeutschen, hallt über den ganzen Erdball und klagt an!

Wir brandmarken sie als wahre Feinde der deutschen Nation!

Sie schaffen eine neue Wehrmacht, wollen neue gehorsame

Soldaten erziehen, geduldiges Kanonenfutter, Söldner, die bereit sind zu töten und zu sterben, um die Profite der Kraut- und Schlotbarone diesseits und jenseits des Ozeans zu steigern. Sie bereiten ein neues noch schrecklicheres Blutbad vor. Sie wollen, daß das Wort „deutsch“ nicht freiheitslebend, arbeitsam und ehrlich bedeute, sie wollen, daß es gleichbedeutend mit dem Wort „butig“ werde.

Doch ist die Rechnung ohne den Wirt gemacht, ohne das deutsche Volk.

Hütet euch!

Das Volk, das der Welt Marx und Engels, Goethe, Schiller und Heine, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegeben hat, hat viel gelernt. Es wird nicht gelingen, einem solchen Volk von neuem den Maulkorb aufzuzwingen. Das Jahr 1956 ist nicht das Jahr 1933! Heute gibt es eine Deutsche Demokratische Republik und eine Friedensbewegung, die die ganze Menschheit umfaßt!

Diese Friedensfront siegt, siegt, wird siegen!

Doch es muß noch so manche Schlacht geschlagen werden, um einem neuen Menschenschlachten vorzubeugen. Und in den ersten Reihen der Friedenskämpfer wird auch weiter die KPD stehen, der fortschrittlichste Teil der Bevölkerung von Westdeutschland. Und sie wird ihre geschichtliche Mission auch weiter erfüllen. Die KPD war, ist, wird sein.

Wir erheben ihr voll Zuversicht die Hand der Solidarität!

Ewald KATZENSTEIN, Lehrer, Joachim KUNZ, Journalist, Johannes WARKENTIN, Lehrer.

Harry GELHAAR, Student, Leo MALINOWSKI, Journalist, Marie KLASSEN, Arzt, Ernst HORSCH, Ingenieur.

## Werde, um zu sein!

Ja, alles kannst du werden, Kannst Bestarbeiter sein, Denn Himmel, Meer und Erde — Die ganze Welt ist dein. Wenn dir die Felder winken, Kannst deinen Mann dort stehn; Wenn dir die Wälder blinken, Dann geh auf hohe See. Lockt dich des Athers Bläue, Spann deine Schwingen aus, Nie bringst Verdruß und Reue, Nur Glück bringst du nach Haus. Denn Himmel, Meer und Erde — Die ganze Welt ist dein! Drum lerne, Kind, und werde, Drum werde, um zu sein.

Andreas KRAMER.



Am 28. August ist der Präsident der Republik Indonesien Sukarno mit einem Staatsbesuch in Moskau eingetroffen.

Eine Gruppe der Staatsmänner Rumäniens mit Erstem Sekretär der Kommunistischen Partei Georgiu-Desh an der Spitze reist z. Z. durch die Gebiete der Ukraine.

Die Tadshikische SSR hat vorfristig den Plan der Getreideablieferung an den Staat erfüllt.

Alltäglich treffen in Moskau Frachtschiffe mit Getreide der neuen Ernte ein. Gegenwärtig sind auf der Wolga 20 Schiffe mit Weizen auf dem Weg nach Moskau.

Am 28. August wurde zu Ehren des 100. Geburtstages Iwan Fränko in Kiew ein Denkmal dem großen ukrainischen Schriftsteller errichtet.

In der Irtyschsteppe gibt es 78 neue Getreidesowchos. Dieser Jahr werden diese Wirtschaften 124 Millionen Pud Getreide an den Staat abliefern.

Nach Abschluß der Getreidemahd nahm die Futterbeschaffung im Gau Stawropol große Ausmaße an. Die Vorräte an Heu übertreffen die vorjährigen um das Dreifache.

Das Gebiet Poltawa (Ukraine) hat den Jahresplan der Milchablieferung an den Staat zu 100,5 Prozent erfüllt. Hier hat man in 10 Monaten von jeder Kuh 1 447 Kilogramm Milch gemolken.

Ab 1. Oktober wird eine neue Zeitschrift des ZK der KPdSU „Agitator“ zweimal monatlich erscheinen.

Der ehemalige Vorsitzende des Ministerrates Frankreichs Edgar Po weil gegenwärtig mit seiner Gemahlin in Moskau.

Heute beginnt das neue Schuljahr. 14 800 000 Kinder werden in den Schulen der Russischen Föderation lernen, davon begeben sich 2 285 000 Kinder zum erstenmal zur Schule.



## Lebhafte Leserkonferenz in Smolenskoje

Am 22. August abends gegen 21 Uhr versammelten sich auf dem Hofe des Genossen Doktorlich in Smolenskoje etwa 100 deutsche Einwohner des Rayonzentrums Smolenskoje. Die Versammlung findet unter freiem Himmel statt, weil der Klub des Ortes gerade renoviert wird. Die Raumfrage kann ja schließlich kein Hindernis sein, wenn die Redaktion der deutschen Zeitung des Altaigaus mit ihren Lesern eine erste Besprechung führen will.

In der Diskussion über die Arbeit der Zeitung drückten etwa 20 Leser ihre Meinungen aus. Die wichtigsten Hinweise und Kritiken der Leser waren die gleichen, wie auf der vorher durchgeführten Leserbearbeitung: mehr und tiefer über das Weltgeschehen schreiben, den Problemen und Ereignissen in Deutschland mehr Raum geben, mehr auf die Sprache und den Stil der Zeitung achten. Zwei Leserinnen erklärten, daß es ihnen nicht gefalle, daß in der Zeitung oft Themen in trockenen Artikeln behandelt werden, die man in literarischer Form darlegen könnte, z. B. als Feuilleton, Kurzgeschichte, Glosse oder Ergebnisbericht. Ein an-

derer Leser war der Meinung, daß man in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit der Satire und dem Humor widmen müsse. („Wir Deutschen können ja schließlich auch einen derben Spaß vertragen.“)

Bald geht das Gespräch auf die Fragen des Lebens der Altai-Deutschen überhaupt über. Vor allem stellt die Versammlung einmütig die Forderung nach deutschen Schulen. Viele sprechen in der Diskussion darüber, und alle bitten die Redaktion alles zu tun, um die Forderung bald in die Tat umzusetzen. An dieser Stelle wurden auch alle Deutschen, die ihre Kinder die deutsche Sprache nicht lehren, einer heftigen Kritik unterzogen. „Wenn für unsere Kinder deutsche Schulen geschaffen werden können, dann müssen wir ja schließlich unsere Kinder vorbereiten“, sagte ein Diskussionsredner, „wie kann man das aber, wenn man nicht deutsch mit ihnen spricht?“

Als man begann, über örtliche Mißstände zu sprechen, wurde die Versammlung stürmisch. Viele traten mit gerechten Kritiken auf. Die Bejahrten protestierten alle gegen das grobe Verhalten des Leiters der Abtei-

lung für Sozialfürsorge des Rayonexekutivkomitees Kataew. Fragen der Pensionszahlung, der Krankenunterstützung, der nationalen Gleichberechtigung, des Wohnungsbaus und der Waisenfürsorge wurden aufgeworfen.

Auf der Versammlung war Genosse Bulgakow, Leiter der Abteilung Propaganda des Rayonpartei- komitees, anwesend. Er notierte alle Fragen, die nicht an Ort und Stelle geklärt werden konnten.

Vielleicht wird hier mancher Leser fragen: „Ja, was haben denn all diese Fragen mit der Zeitung zu tun?“ Sehr viel, für jede kommunistische Zeitung steht die Sorge um den Menschen im Mittelpunkt ihres Wirkens. Alle Fragen, die das Leben der Menschen betreffen, sind Wesensfragen der Zeitung, umso mehr als es sich hier um die eigenen Leser handelt. Hier zeigt sich, wie die Zeitung ihre Aufgabe als kollektiver Organisator erfüllt, wie sie es zu helfen versteht, Mängel und Fehler in allen Fragen zu beseitigen. Schon am nächsten Tag setzte sich ein Mitarbeiter der Redaktion mit dem Genossen Bulgakow zusammen. Alle auf der Versammlung erörterten Fragen wurden noch einmal durchgesprochen. Genosse Bulgakow wird sich persönlich

um ihre Lösung kümmern und binnen 2—3 Wochen der Redaktion unserer Zeitung Bericht erstatten, welche Erfolge seine Bemühungen gehabt haben. Die Redaktion wird ihrerseits eine Kontrolle durchführen.

Doch mit der Lösung der Fragen, die auf der Versammlung gestellt wurden, kann man sich nicht begnügen. Auch in Zukunft wird in Smolenskoje vieles, für die Zeitung Wissenswertes geschehen. Deshalb beauftragte die Leserkonferenz aus ihrer Mitte die Genossen Georg Grat und Heinrich Ziegler als Dorfkorrespondenten für die „Arbeit“ zu schreiben. Beide versprechen, der Zeitung monatlich 3—4 Materialien über das Leben im Dorf und im Rayon zu schicken. An sie werden sich auch vertrauensvolle die deutschen Einwohner wenden, wenn sie durch die Zeitung Rat und Hilfe brauchen.

Der Anfang ist gemacht. Der enge Kontakt zwischen Redaktion und den Lesern in Smolenskoje ist hergestellt. Nichts wünscht die Redaktion mehr als täglich einige Briefe aus Smolenskoje zu bekommen — Vorschläge, Kritiken, Berichte über Arbeitserfolge, Gedichte und Kurzgeschichten der Leser, Beschwerden und Fragen.

Harry GELHAAR.

Chefredakteur V. PESTOW.